

## Nicaraguas Klage an Deutschland, Ukraine in NATO & Israels Angriff auf den Iran | Dimitri Lascaris

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Zain Raza (ZR):** Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Heute spreche ich mit Dimitri Lascaris über Israels Angriff auf den Gazastreifen und den Krieg in der Ukraine. Dimitri Lascaris ist unabhängiger Journalist und Anwalt, der sich auf Sammelklagen, Menschenrechte und internationales Recht spezialisiert hat. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei in Kanada und wurde Zweiter. Dimitri, willkommen zurück.

**Dimitri Lascaris (DL):** Immer ein Vergnügen, Zain. Schön, Sie zu sehen.

**ZR:** Da Sie Jurist für internationales Recht sind, würde ich gerne Ihre Einschätzung zu einem aktuellen Thema erfahren, das in Ihr Fachgebiet fällt und in Deutschland Schlagzeilen gemacht hat. Am 4. April hat Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof eine Klage gegen Deutschland eingereicht, in der Deutschland vorgeworfen wird, den Völkermord in Gaza zu begünstigen. Nicaragua hofft, mit einer Klage Sofortmaßnahmen einleiten zu können, die einen Stopp der deutschen Waffenexporte nach Israel und eine Rücknahme der deutschen Entscheidung, die Finanzierung der Palästina-Hilfe durch das Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) einzustellen, beinhalten. Eine der führenden deutschen Nachrichtensendungen, die Tagesschau, berichtete in ihrer Hauptsendezeit am 8. April über diese Klage, gab aber auch eine Einschätzung dazu ab, indem sie erklärte, Zitat: „Fachleute halten die Klage für wenig plausibel. Beihilfe zum Völkermord setzte voraus, dass Israel absichtlich Zivilisten tötete und die Bundesregierung dies wissentlich und absichtlich unterstütze“, Zitat Ende. Sie fügten auch eine Erklärung des Direktors für Völkerrecht der Universität Bonn bei, in der er erklärte, Zitat: „Ein Erfolg der Klage von Nicaragua halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Wenn es doch dazu käme, wäre das ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit des Internationalen Gerichtshofs“, Zitat Ende. Was halten Sie von den Argumenten, mit denen die Tagesschau in ihrem Bericht aufwartet, nämlich das Fehlen einer ausdrücklichen Intention sowohl Israels als auch Deutschlands zum Völkermord, und

zweitens, dass ein Erfolg der Klage ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit des IGH sein würde?

**DL:** Ich denke, ich möchte ein paar Dinge sagen – wichtige Hintergrundinformationen für unsere Zuhörer, bevor ich auf den Inhalt Ihrer Frage eingehe. Und zwar gehöre ich zu einem Anwaltsteam in Kanada, das im Namen von drei kanadischen Palästinensern die kanadische Regierung aufgefordert hat, alle in ihrer Macht stehenden Schritte zu unternehmen, um den Völkermord in Gaza zu verhindern. Wir berufen uns dabei auf Artikel 1 der Völkermordkonvention. Und da die kanadische Regierung unsere Frist bis zum 3. April nicht eingehalten hat, um auf unsere Forderung zu reagieren, beabsichtigen wir, diesen Prozess einzuleiten. Ich möchte also lediglich, dass die Zuhörer erfahren, dass ich als Anwalt in dieser Sache sehr engagiert bin, zusammen mit anderen Anwälten in Kanada, die über Fachwissen im internationalen Recht verfügen. Ich sollte noch erwähnen, als Hintergrundinformation, dass ich den Antrag Nicaraguas noch nicht gelesen habe. Eine Frage, die sich mir auf der Grundlage dessen stellt, was Sie erwähnt haben und was diese deutschen Wissenschaftler sagten, ist, ob Nicaragua nur Beihilfe zum Völkermord vorwirft, denn es gibt noch eine andere Bestimmung – die Bestimmung, auf die wir uns stützen, nämlich Artikel 1 der Völkermordkonvention, und dieser Artikel verpflichtet alle Vertragsparteien der Konvention, einschließlich Deutschland, Völkermord zu verhindern. Es handelt sich nicht nur um ein Verbot der Beihilfe zum Völkermord, sondern um eine positive Verpflichtung der Vertragsstaaten, Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen, und - das ist sehr wichtig - diese Verpflichtung wird nicht erst dann wirksam, wenn ein Völkermord eindeutig festgestellt worden ist. Sie wird wirksam, wenn ein erhebliches Risiko für einen Völkermord besteht. Und allein aufgrund der Feststellung des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Januar, dass die Annahme plausibel ist, Israel begehe einen Völkermord im Sinne der Völkermordkonvention – und das war eine Entscheidung von 15 zu 2, und eine der beiden Gegenstimmen stammte von dem israelischen Richter –, allein aufgrund dieser Entscheidung ist es eindeutig, dass die Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord hervorgerufen worden ist. Mit anderen Worten, es ist unbestritten, dass die Gefahr eines Völkermordes besteht. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass die deutsche Regierung gegen diese Verpflichtung verstößt. Sie hat, soweit ich das beurteilen kann, keine konkreten Schritte zur Verhinderung eines Völkermordes unternommen, z.B. den Waffenfluss zu stoppen, Wirtschaftssanktionen gegen Israel zu verhängen, Israelis, die eindeutig Kriegsverbrechen begangen haben, vor heimischen Gerichten zu belangen oder dies zumindest zu versuchen, sich beim Internationalen Strafgerichtshof dafür einzusetzen, dass die dortige Staatsanwaltschaft Anklage erhebt – ich meine, es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die getroffen werden könnten. Es hat keine davon ergriffen, und einige ausgezeichnete Berichte Ihrer Organisation, wie das Interview mit Shir Hever, das ich mir angesehen habe, zeigten, wie Shir es ausdrückte, dass eine schockierende und enorme Menge an militärischen Waffen von Deutschland nach Israel transferiert wird, und das schon seit einigen Jahren. Bei allem Respekt vor den Akademikern, die den Antrag Nicaraguas abwiegeln, ist es meiner Meinung nach glasklar, dass Deutschland gegen seine Verpflichtung nach Artikel 1 verstößt, einen Völkermord zu verhindern.

**ZR:** Kommen wir nun zu den jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf den Gazastreifen. Letzte Woche griff Israel ein iranisches Konsulatsgebäude in der syrischen Hauptstadt Damaskus an und zerstörte es mit einem Luftangriff, bei dem 13 Menschen getötet wurden, darunter Brigadegeneral Mohammad Reza Zahedi, der als eine der prominentesten Persönlichkeiten des iranischen Militärs bekannt ist. Im März führte Israel auch einen Luftangriff auf die syrische Stadt Aleppo durch, bei dem Berichten zufolge 53 Menschen, darunter syrische Soldaten und Hisbollah-Mitglieder, getötet wurden. Obwohl der Iran diese Angriffe verurteilt und sogar Vergeltung geschworen hat, hat er bisher eine direkte Konfrontation mit Israel vermieden. Aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen seitens des Irans haben die israelischen Verteidigungsstreitkräfte den Heimaturlaub und den Urlaub für alle ihre Kampftruppen eingestellt. Ich möchte mich jedoch auf die Hisbollah konzentrieren, die von vielen im Westen als Stellvertreter des Iran angesehen wird. In den deutschen Leitmedien wird die Hisbollah als antisemitische und israelfeindliche Terrormiliz dargestellt, die die vollständige Vernichtung aller Juden und des Staates Israel anstrebt. Können Sie erstens zu dieser Darstellung der Hisbollah Stellung nehmen und zweitens darüber sprechen, ob ein Angriff Israels auf die iranischen Vertreter in Syrien gerechtfertigt ist, um sich zu verteidigen?

**DL:** Ich war im vergangenen Jahr dreimal im Libanon. Zweimal nach den Anschlägen vom 7. Oktober in Israel. Während dieser Besuche habe ich zahlreiche Personen interviewt, die vermutlich in irgendeiner Form militärisch mit der Hisbollah zu tun hatten. Aber insbesondere hatte ich Ende März, vor einigen Wochen, die Gelegenheit, mit dem Direktor für internationale Beziehungen des politischen Flügels der Hisbollah, Ammar Al-Moussawi, zu sprechen. Er ist ehemaliger Abgeordneter des libanesischen Parlaments. Sein Bruder wurde 1988 im Kampf gegen die israelischen Besatzungstruppen auf libanesischem Boden getötet. Es ist mir also gelungen, vor Ort eine beträchtliche Menge an Informationen über diese Organisation zu sammeln. Herr Al-Moussawi beharrt jedenfalls darauf, dass die Hisbollah Angriffe auf Zivilisten untersagt. Und er weist darauf hin, dass wenn dies der Maßstab für die Feststellung sein soll, ob eine Organisation eine terroristische Organisation ist oder nicht, es heute in der westasiatischen Region keine Organisation gibt, die schlimmere Terrorakte verübt hat als Israel. Israel hat seit dem 7. Oktober über 13.000, jetzt fast 14.000 Kinder in Gaza getötet. Es lässt viele weitere verhungern. Dies wurde offen bekundet; Joaw Galant, der Verteidigungsminister, erklärte, dass der gesamten Bevölkerung in Gaza Nahrung und Wasser vorenthalten werden sollen. Und genau das haben sie mit katastrophaler Wirkung getan. Was immer auch die Hisbollah unternommen hat, verblasst im Vergleich zu den Taten Israels. Es verblasst auch im Vergleich zu den Aktivitäten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in Westasien. Sie haben weitaus mehr Zivilisten getötet. In der aktuellen Welle der Gewalt – und ich spreche von der Gewalt an der Südgrenze – liegt die Zahl der getöteten israelischen Zivilisten nach westlichen Angaben irgendwo zwischen 10 und 20. Und die Zahl der getöteten libanesischen Zivilisten liegt bei weit über 50. Und die israelischen Streitkräfte greifen bis in die nördlichen Regionen des Libanon an, während der Libanon seine Angriffe, soweit ich das beurteilen kann, auf militärische Ziele in Grenznähe beschränkt hat. Meiner Meinung nach stellt sich hier also wirklich die Frage, ob die Hisbollah zu Recht als terroristische Organisation bezeichnet werden kann. Es ist sicherlich

heuchlerisch, wenn wir das über die Hisbollah sagen, während wir nicht bereit sind, dies auch über Israel und die Vereinigten Staaten und Großbritannien zu sagen. Darüber hinaus betrachten die meisten Regierungen der Welt die Hisbollah nicht als terroristische Organisation.

Was nun den Angriff betrifft, so ist der israelische Angriff übrigens ein perfektes Beispiel für Terrorismus. Es handelte sich um ein ziviles Ziel. Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass es für Angriffe gegen Israel genutzt wurde. Selbst wenn sich zu diesem Zeitpunkt Personen im Konsulat befanden, iranische Beamte, die an der Organisation von Anschlägen beteiligt waren, erlaubt dies Israel nicht, es ermächtigt Israel nicht, das Konsulat zu zerstören. Dies war nach internationalem Recht ein Gebiet des Iran, das für zivile Zwecke genutzt wurde. Und, lassen Sie uns das ganz klar sagen, sollte die Präsenz von Regierungsbeamten in diesem Konsulat, die in terroristische oder kriminelle Aktivitäten verwickelt sind, nach internationalem Recht die Zerstörung des Konsulats rechtfertigen, dann bedeutet das, dass so ziemlich jedes israelische Konsulat auf dem Planeten Erde Freiwild ist, denn in allen befinden sich Geheimdienst- und Militärbeamte und manchmal sogar Kriegsverbrecher, die in das Projekt der Enteignung und des Völkermords in Palästina verwickelt sind. Tatsache ist, dass nach internationalem Recht keiner dieser Angriffe legal ist oder wäre. Und hier stellt sich die Frage: Was wird der Iran tun? Sie wären in Bezug auf das Völkerrecht vollkommen berechtigt, einen direkten und verheerenden Angriff auf militärische Anlagen in Israel zu starten. Aber ich habe Berichte gesehen, wonach sie der Regierung Biden mitgeteilt haben, dass sie auf ein angemessenes Maß an Vergeltung, etwas von gleicher Strenge, oder vielleicht sogar auf jegliche Vergeltung verzichten werden, wenn Biden das Netanjahu-Regime zwingt, den Völkermord im Gazastreifen zu beenden und einen dauerhaften Waffenstillstand einzuführen. Ich weiß nicht, ob diese Berichte wahr sind oder nicht, aber es ist interessant, dass wir bisher noch keinen Angriff des Irans gesehen haben. Und der Iran kann mit seinen Raketen Israel sehr leicht mindestens so viel Schaden zufügen, wie Israel dem Iran mit der Zerstörung des Konsulats zugefügt hat. Hoffen wir also, dass sich kühlere Köpfe durchsetzen, dass diese Berichte wahr sind und dass die Regierung Biden dem Völkermord in Gaza ein Ende setzt, damit der Iran eine gesichtswahrende Möglichkeit erhält, von Vergeltungsmaßnahmen abzusehen.

**ZR:** Betrachten wir einen weiteren Vorfall, der im Westen, insbesondere in Deutschland, für Schlagzeilen sorgte. Letzte Woche griff Israel einen Konvoi einer westlichen Hilfsorganisation namens World Central Kitchen an und tötete sieben ihrer Mitarbeiter. Daraufhin setzten viele andere Hilfsorganisationen ihre Hilfsmaßnahmen aus, und das zu einer Zeit, in der die humanitäre Lage in Gaza kritisch ist und Millionen von Menschen von Hunger und Krankheiten bedroht sind. Die führende deutsche Nachrichtensendung, die Tagesschau, berichtete in den Tagen nach dem Vorfall, die USA hätten diesen Angriff lautstark kritisiert und sogar Druck auf Israel ausgeübt, mehr humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zuzulassen, was schließlich auch geschah. Aufgrund des zunehmenden Drucks entließen die israelischen Verteidigungsstreitkräfte auch zwei hochrangige israelische Offiziere und leiteten eine interne Untersuchung ein, die ergab, dass die Verantwortlichen des Angriffs der Überzeugung waren, sie zielten auf Hamaskräfte. Israel hat sich für den Angriff

entschuldigt und ihn als schweren Fehler bezeichnet. Bislang wurde jedoch noch keine strafrechtliche Anklage erhoben. Können Sie sich zu diesem Vorfall äußern, insbesondere dazu, ob Sie glauben, dass die Reaktion der Vereinigten Staaten und Israels ausreichend und ein positiver Schritt in Richtung Gerechtigkeit für die Opfer war?

**DL:** Zunächst einmal ist festzustellen, dass der Leiter dieser Organisation, ein Koch aus Spanien, ich glaube, er heißt [José] Andrés, Israel offen und öffentlich beschuldigt hat, diese Entwicklungshelfer vorsätzlich getötet zu haben. Und diese Person ist ein enger Freund von Antony Blinken. Er steht der Biden-Administration - der Leiter der Organisation, deren Mitarbeiter massakriert wurden - so nahe, dass er, als die ehemalige spanische Sozialministerin, ich glaube, ihr Name war Ione Belarra, im Oktober und November Israel mit voller Berechtigung beschuldigte, in Gaza einen Völkermord zu begehen, sie öffentlich geißelte und sie beschuldigte, pro Hamas zu sein. Der Mann, der jetzt Israel beschuldigt, der Leiter dieser Organisation, seine Entwicklungshelfer absichtlich getötet zu haben, steht der Biden-Regierung nahe und war früher ein absoluter Unterstützer Israels.

Die folgenden Beweise sind ungeheuerlich: Diese Leute informierten das israelische Militär, dass sie eine Küstenstraße befahren würden. Sie hatten Autos, die in vielerlei Hinsicht gekennzeichnet waren, um anzuzeigen, dass sie von dieser humanitären Hilfsorganisation kamen, und dass es sich um zivile Fahrzeuge handelte. Es waren drei Fahrzeuge, die über die Straße verteilt fuhren. Die Israelis nahmen eines mit einer Drohne ins Visier und zerstörten es. Ein zweites kam ihm zu Hilfe. Als es auftauchte, zerstörten sie auch dieses. Das dritte Fahrzeug versuchte zu fliehen und unternahm dabei so große Anstrengungen, dass es die Küstenstraße verließ, weil es sich als leichtes Ziel wähnte und sich auf unbefestigte Flächen begab. Auch dieses Fahrzeug wurde aufgespürt und zerstört. Nochmals: Sie waren deutlich gekennzeichnet und haben dem israelischen Militär mitgeteilt, wo sie hin wollten, und sie wurden trotzdem umgebracht.

Jetzt mögen die Leute sagen, warum sollte Israel das tun? Warum sollte Israel so handeln? Genau aus dem Grund, den Sie gerade angedeutet haben. Sie sprachen von der Tatsache, dass Mitarbeiter von Hilfsorganisationen jetzt Angst haben, in Gaza zu arbeiten, sogar solche aus westlichen Staaten. Ich wiederhole: Der israelische Verteidigungsminister kündigte an, dass wir der gesamten Zivilbevölkerung Nahrung und Wasser vorenthalten werden. Gibt es einen besseren Weg, dies zu tun, als alle humanitären Hilfsorganisationen davon abzuhalten, in Gaza zu arbeiten? Sie untergraben das erklärte Ziel des Verteidigungsministers, nämlich die Zivilbevölkerung in Gaza auszuhungern. Das sollte niemanden überraschen, vor allem nicht, wenn man sich all die anderen Gräueltaten ansieht, die Israel begangen hat, die Zerstörung von Krankenhäusern und Moscheen, die Ermordung von über 100 Journalisten, die Ermordung von weiteren 200 palästinensischen Mitarbeitern von Hilfsorganisationen, die bis zu diesem Zeitpunkt massakriert wurden, und man könnte noch viel mehr anführen. Es sollte niemanden überraschen, dass Israel etwas so Abscheuliches getan hat, und es passt sogar logisch in den kriminellen Rahmen dessen, was es zu erreichen versucht. Die Reaktion war absolut erbärmlich. Erinnern wir uns daran, dass die Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs den amtierenden Präsidenten Russlands umgehend angeklagt hat, weil er

angeblich Kinder, ukrainische Kinder, aus einem Kriegsgebiet weggebracht hat. Hier wurden Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ermordet. Sie haben sie nicht nur gegen ihren Willen aus einem Kriegsgebiet verschleppt, wie es dem russischen Präsidenten vorgeworfen wird, sondern sie haben neben etwa 14 000 palästinensischen Kindern und Tausenden von Frauen auch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ermordet. Was hat der IStGH getan? Nichts. Überhaupt nichts. Hat irgendeine westliche Regierung den IStGH gedrängt, auch nur diese beiden entlassenen Offiziere anzuklagen? Inzwischen ist bekannt, dass es zwei Offiziere gibt, die bis zu einem gewissen Grad schuldig sind. Wurden sie angeklagt? Nein. Sie sollten von einem unabhängigen Gericht aufgrund von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden, und sie sollten in Übereinstimmung mit einem ordentlichen Gerichtsverfahren zur Verantwortung gezogen werden. Und das würde nach den Maßstäben des Völkerrechts praktisch eine lebenslange Haftstrafe bedeuten. Stattdessen haben sie ihren Job verloren. Und nach allem, was wir wissen, werden sie nun eine lukrative Anstellung in der Privatwirtschaft des militärisch-industriellen Komplexes Israels finden.

**ZR:** Im März kündigte Israel die größte palästinensische Landbeschlagnehmung seit 1993 an, also seit der Zeit der Osloer Abkommen. Diese Beschlagnehmung, genauer gesagt die Annexion von Land, wird etwa zehn Quadratkilometer im Westjordanland umfassen, und nach Angaben der in Israel ansässigen Menschenrechtsorganisation B'Tselem befinden sich mehr als 40 % des Westjordanlandes unter der Kontrolle israelischer Siedler. Obwohl der Westen die israelische Annexion palästinensischen Landes regelmäßig kritisiert und behauptet, dass sie eine Zweistaatenlösung untergräbt, hat er nie handfeste Konsequenzen wie Sanktionen oder den Entzug seiner Militärhilfe gezogen. Die Sanktionen richten sich lediglich gegen bestimmte Siedler, die Gewalt ausüben, nicht aber gegen die gesamte Siedlungspolitik Israels. Als Russland zum Beispiel 2014 die Krim annektierte, berief sich der Westen nicht nur auf das Völkerrecht, sondern suspendierte Russland auch aus der G8-Gruppe und verhängte weitreichende Wirtschaftssanktionen. Warum glauben Sie, dass der Westen mit zweierlei Maß misst, wenn er sich auf das Völkerrecht beruft und Sanktionen verhängt, wenn man die Ukraine und Palästina miteinander vergleicht? Und ist Ihrer Meinung nach eine Zweistaatenlösung zum jetzigen Zeitpunkt noch erreichbar?

**DL:** Warum? Ein Wort: Öl. Darauf läuft alles hinaus. Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannten die Militärplaner der Vereinigten Staaten die Öl- und Gasvorkommen des Nahen Ostens - und das waren ihre Worte - als eine gewaltige Quelle strategischer Macht. Indem sie nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Land der Palästinenser ein westliches Bollwerk errichteten, es militarisierten und es mit dem bei weitem größten Umfang an US-Militärhilfe in der Geschichte der Vereinigten Staaten ausstatteten, schufen sie in diesem Gebiet, das eine Quelle gewaltiger strategischer Macht ist, eine gigantische permanente US-Militärbasis. Und das ist die Funktion, die Israel für die militärischen Planer der Vereinigten Staaten und für die Neocons in Washington erfüllt. Und sie sind fest entschlossen, diese Militärbasis so sicher wie möglich zu machen. Um das zu erreichen, glauben sie, dass sie das gesamte historische Palästina kontrollieren müssen, bis hin zum Fluss, vom Fluss bis zum Meer. Der Fluss, der Jordan, ist ein natürlicher Schutzwall gegen Kräfte aus überwiegend arabischen und muslimischen Staaten, die sich gegen die Präsenz dieses kolonialen Projekts an ihren

Grenzen wehren könnten. Um also die dauerhafte Kontrolle über das gesamte Land vom Fluss bis zum Meer zu erlangen, was übrigens das erklärte Ziel der Regierungspartei Likud ist, muss man die palästinensische Bevölkerung eliminieren. Die Palästinenser werden sich nicht mit der ewigen Unterdrückung, der ewigen Unterwerfung, dem ewigen Status zweiter Klasse in ihrem Heimatland abfinden. Und das haben sie mehr als deutlich gemacht. Und sie sind bereit, wenn nötig, bewaffneten Widerstand zu leisten. Die Israelis haben also beschlossen, und ich denke, der Westen hat beschlossen, Israel dabei zu unterstützen, dass sie alles tun werden, um die Palästinenser zu zwingen, ihr Heimatland aufzugeben. Und wenn sie nicht bereit sind zu gehen, werden sie sie töten. Das ist das klare Ziel. Darüber sollte sich zum jetzigen Zeitpunkt niemand Illusionen machen. Das ist der Grund, warum der Westen das tut. Und die Heuchelei ist absolut grotesk.

Ich war im Westjordanland und Sie fragten mich, ob eine Zweistaatenlösung möglich ist. Ich war vor zwei Wochen im besetzten Westjordanland und habe zehn Tage lang Flüchtlingslager besucht, bin von einem Ende des Westjordanlandes zum anderen gereist, von Dschenin bis hinunter in die Grenzgebiete des Westjordanlandes, in die Nähe von Eilat, auf dem Weg nach Eilat am Roten Meer, und ihr Siedlungsprojekt ist inzwischen im Westjordanland so ausgedehnt, dass es unvorstellbar ist, dass die Palästinenser bei der derzeitigen Gestaltung des Landes einen souveränen und lebensfähigen Staat haben könnten. Die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht in der Räumung fast aller dieser Siedlungen. Und erinnern wir uns zunächst daran, dass die israelische Regierung ideologisch auf der Seite der Siedler steht. Viele der führenden Persönlichkeiten in der israelischen Regierung sind Mitglieder der Siedlerbewegung. Zweitens sind diese Siedler schwer bewaffnet und sie sind fanatisch. Wenn Israel tatsächlich versuchen würde, sie aus dem Westjordanland zu vertreiben, bestünde die große Gefahr eines Bürgerkriegs, eines massiven Blutvergießens; Israelis würden Israelis töten. In diesem Stadium gibt es also wirklich keine praktische Vorgehensweise, was an der Weigerung des Westens liegt, Israel für einen lebensfähigen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 in die Verantwortung zu nehmen. In praktischer Hinsicht sollte es meiner Meinung nach Angelegenheit der Israelis und der Palästinenser sein, zu entscheiden, wie man den Palästinensern Gerechtigkeit verschafft und die Sicherheit Israels bewahrt, aber die Israelis haben die Option der zwei Staaten ausgeschlossen. Was bleibt übrig? Entweder dauerhafte Unterwerfung und Apartheid oder eine Einstaatenlösung, in der alle die gleichen Rechte haben. Übrigens, als ich mit dem internationalen Direktor für Beziehungen der Hisbollah sprach, sagte er, dass nach Ansicht seiner Organisation Juden und Palästinenser in einem Staat in Frieden nebeneinander leben können und sollten. Das Problem ist nicht die Anwesenheit des jüdischen Volkes, das Problem ist der Zionismus.

**ZR:** Ich möchte nun auf die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Organisation des Nordatlantikvertrags, der NATO, und der Ukraine zu sprechen kommen. Im März wurde Schweden als 32. Land in die NATO aufgenommen. In der vergangenen Woche feierte die NATO in ihrem Hauptquartier in Brüssel ihr 75-jähriges Bestehen. Auf dieser Veranstaltung schlug NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg einen auf fünf Jahre angelegten Fonds in Höhe von 100 Milliarden Dollar für die Ukraine vor, der hauptsächlich von europäischen Ländern finanziert werden soll. Dieser Vorschlag geht auf die Befürchtung zurück, dass der

künftige Amtsantritt von Donald Trump in den Vereinigten Staaten zu einer erheblichen Kürzung des US-Beitrags zur NATO und der Unterstützung für die Ukraine führen könnte. US-Außenminister Antony Blinken bekräftigte auf dieser Veranstaltung, dass die NATO die Ukraine weiterhin unterstützen werde, und erklärte in Bezug auf den Beitritt der Ukraine zum Bündnis gegenüber Reportern, Zitat: „Die Ukraine wird Mitglied der NATO werden. Unser Ziel auf diesem Gipfel ist es, eine Brücke zu dieser Mitgliedschaft zu bauen“, Zitat Ende. Können Sie erstens etwas zu dem starken Anstieg der Militärausgaben in Europa sagen und dazu, wie sich dies auf das soziale Gefüge auswirken wird und ob dies als Alternative zu den Vereinigten Staaten und zur Abschreckung vor einer russischen Aggression ausreichen würde? Und zweitens: Welche Auswirkungen wird der NATO-Beitritt der Ukraine Ihrer Meinung nach auf die globale Sicherheit und andere Bereiche haben, wenn er zustande kommt?

**DL:** Schauen wir uns die Militärausgaben an, die Bilanz der Militärausgaben vor dieser Aufstockung. Die kollektiven Militärausgaben der NATO beliefen sich vor der russischen Invasion in der Ukraine auf etwa 1,2 Billionen US-Dollar jährlich. Die kollektiven Militärausgaben Russlands und Chinas, die übrigens zusammen eine viel größere Bevölkerung haben als die NATO-Länder insgesamt und wirtschaftlich gesehen in etwa mit den Volkswirtschaften der NATO-Länder vergleichbar sind, beliefen sich auf etwa 25, 30 % der kollektiven Militärausgaben der NATO, zusammen etwa 400 Milliarden Dollar, gegenüber 1,2 Billionen US-Dollar. Aus welchem Grund könnten die bestehenden Militärausgaben unzureichend sein, wenn sie dreimal so hoch sind wie die Militärausgaben Chinas und Russlands, mindestens dreimal so hoch?! Und das sind diejenigen, die als Bedrohung angesehen werden. Wie kann das nicht angemessen sein, um unsere Sicherheit zu gewährleisten? Der militärische Industriekomplex ist völlig außer Kontrolle geraten. Sie kontrollieren jetzt die Geldbörsen der westlichen Regierungen. Es begann in den Vereinigten Staaten. Dwight Eisenhower warnte am Ende seiner Präsidentschaft vor der unkontrollierten Habgier des militärisch-industriellen Komplexes. Diese Formulierung stammt tatsächlich von ihm. Es entwickelte sich zu einem Krebsgeschwür, das begann, den Haushalt der US-Regierung vollständig aufzufressen. Und nun geschieht dies auch im Rest des Westens. Es geschieht in Kanada, Deutschland und Frankreich. Wir müssen die Militärausgaben drastisch zurückfahren. Sie schränken unsere Fähigkeit ein, mit unglaublich dringenden sozialen und ökologischen Problemen umzugehen. Sie verschärfen die Spannungen mit anderen Mächten, vor allem mit Russland und China, und veranlassen diese, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Wir werden in einen Rüstungswettlauf geraten, der den Kalten Krieg wie einen Spaziergang aussehen lassen könnte, und wir werden uns selbst in den Bankrott treiben und könnten durchaus in einem Atomkrieg enden. Das ist wahnsinnig. Das Richtige, das Vernünftige und das Menschliche wäre es, die Militärausgaben zurückzufahren, sich mit den Russen und den Chinesen an einen Tisch zu setzen und über nukleare Abrüstung zu sprechen. So wie Ronald Reagan und Michail Gorbatschow vor einigen Jahrzehnten den gesunden Menschenverstand hatten, zu verfahren. Was ist aus dem Ziel der nuklearen Abrüstung geworden? Ronald Reagan war einer der schlimmsten kalten Kriegstreiber des Kalten Krieges, und selbst er hatte den gesunden Menschenverstand zu erkennen, dass dies ein moralisches Gebot ist.



**ZR:** Können Sie auch auf die Auswirkungen eingehen, die der Beitritt der Ukraine zur NATO auf die globale Sicherheit und Ordnung haben würde?

**DL:** Es ist schwer, über dieses Szenario zu sprechen, denn es ist eine Fantasie. Das Gerede über eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union der führenden Politiker Europas glaube ich nicht eine Sekunde lang. Wenn sie die Ukraine in die Europäische Union oder die NATO oder, noch schlimmer, in beide aufnehmen würden, wäre das erstens eine enorme Belastung für diese beiden Organisationen. Und zweitens würde es möglicherweise zu einem Atomkrieg mit Russland führen. Russland wird nicht dulden, und das betont es seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2008, dass ein kriegerisches Militärbündnis, dessen Militärausgaben seine eigenen bei weitem übertreffen, an dessen Westgrenze präsent ist. Das wird es nicht zulassen. Und sie haben sehr deutlich gemacht, dass das nicht passieren wird, sondern dass sie bereit sind, massive konventionelle Gewalt einzusetzen. Wie auch immer man zu der Frage stehen mag, ob Russland provoziert wurde oder nicht, ob es eine Rechtfertigung gab, Tatsache ist, dass Russland alles tun wird, um den Beitritt der Ukraine zur NATO zu verhindern. Selbst wenn die NATO-Führer es also ernst meinen würden - und offen gesagt glaube ich nicht, dass sie es tun -, wird dies zu einem weitaus verheerenderen Krieg führen, als wir ihn bisher erlebt haben. Und der Krieg, der bisher stattgefunden hat, zerstörte, um es offen zu sagen, die Ukraine. Die Ukraine wird sich vielleicht nie wieder erholen, jedenfalls nicht zu unseren Lebzeiten. Dazu hat unsere Politik der NATO-Erweiterung geführt. Und offen gesagt, kann ich beim besten Willen nicht verstehen, warum Schweden und Finnland dieser Organisation angehören wollten. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung durch Russland. Es herrschte kein Krieg. Das Gleiche geschah mit Österreich und der Schweiz. Sie sind der NATO nicht beigetreten. Sie haben eine neutrale Position eingenommen, aber sie waren wirtschaftlich und politisch sehr westlich orientiert, sie haben sich nur aus dem Militärbündnis herausgehalten. Russland hat sie nicht angegriffen. Tatsächlich hat sich die Sowjetunion nach dem Kalten Krieg in Richtung Osten zurückgezogen. Sie hätte also die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern können. Sie hatte die militärischen Möglichkeiten, die Wiedervereinigung zu verhindern. Sie hat sie friedlich geschehen lassen. Es gibt für diese Staaten absolut keinen Grund zur Annahme, dass die NATO-Mitgliedschaft sie vor einer unmittelbaren Bedrohung schützt. Vielmehr haben sie allen Grund zur Annahme, dass sich dadurch die Spannungen mit einem sehr großen und mächtigen Nachbarn im Osten verschärfen werden.

**ZR:** Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Anwalt für internationales Recht. Vielen Dank für Ihre Zeit heute.

**DL:** Es ist immer schön, mit Ihnen zu sprechen, Zain. Ich danke Ihnen.

**ZR:** Und danke, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wenn Sie sich unsere Videos regelmäßig ansehen, sollten Sie uns monatlich unterstützen, indem Sie einen Dauerauftrag über Patreon, Betterplace oder ein Bankkonto einrichten. Wir haben 147.000 Abonnenten, und wenn alle unsere Abonnenten monatlich 2 bis 3 € spenden würden, könnten wir unsere Kosten wie Steuerberatung, Versicherung, Website-Wartung, Videobearbeitung, Übersetzung, Vertonung und viele andere für die nächsten vier bis fünf Jahre decken. Da es unser Grundsatz ist, kein

Geld von Konzernen und Regierungen anzunehmen, sind wir nur auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren unabhängigen und kritischen Journalismus fortzusetzen. Und wenn Sie sich unsere Videos regelmäßig ansehen, sollten Sie auch unsere alternativen Kanäle auf Rumble, Telegram und unseren Podcast namens Podbean besuchen. YouTube, das zu Google gehört, kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren, insbesondere in Krisenzeiten. Und sollte dies jemals passieren, werden wir nicht in der Lage sein, Sie zu erreichen, auch nicht mit einer Ankündigung, dass wir zensiert oder mit einem Shadowban belegt wurden. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, ich danke Ihnen, dass Sie heute zugeschaut haben, und wir sehen uns beim nächsten Mal.

**ENDE**

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

<b>BANKKONTO:</b> Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	<b>PAYPAL:</b> E-Mail: <a href="mailto:PayPal@acTVism.org">PayPal@acTVism.org</a>	<b>PATREON:</b> <a href="https://www.patreon.com/acTVism">https://www.patreon.com/acTVism</a>	<b>BETTERPLACE:</b> Link: <a href="#">Klicken Sie hier</a>
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)